

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Dresdner-Druckerei Dresden.
Verleger: Carl Schönbach
Königsplatz 25/26
Telefon 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Lieferung oder durch die Post bei täglich einmaliger Lieferung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M.
Die einjährige Abnahme kostet 140,- M. Bei Familienabnahme, Einzelnen unter 10,- M. und Wohnungslosen, 10-pfennige Ein- u. Verkauf 25,- M. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Zusätze gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenabteilung:
Königsplatz 38/40.
Druck u. Verlag von "epich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unvollständige Schriftsätze werden nicht angenommen.

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen

27 Kamener Straße
J. A. BRUNO
König
Kamener Straße 27
Telephon 22667

Schokolade
Deutschschmeister
wirdlich hervorragende Qualität

Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

ERNST LANGE
Koffer- und Taschenfabrik

jetzt: Pinnaischer Platz
Tel. 19170 und 19089

Lima rot der Duff der Dame / blau der Duff des Herrn
Flasche M. 55,-, 70,-
Parfümerie Paul Schwarzlose
Dresden-A. Schloßstr. 13

Drohende Befehung des Ruhrgebiets.

Ein Beschluß des französischen Ministeriales zum Streik.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 4. Febr. Da gestern Kohlenzüge mit der Reparationskohle nicht mehr eingetroffen sind, hat der französische Ministerialrat den Beschluß gefaßt, dem Obersten Rat heute morgen einen Antrag der französischen Regierung zu überreichen, in dem die Zustimmung des Rates zu der Befehung der Ruhrkohlenverhandlungen und des gesamten Eisenbahnbezirktes durch die Entente-Truppen nachgefordert wird, falls die weitere Kohlenzufuhr nach Frankreich durch den deutschen Eisenbahnstreik behindert werden sollte. Die Reichsministerkonferenz wird heute vormittag eine Sitzung abhalten, wobei ihr diese Beschlusfassung sofort unterbreitet werden wird.

Neue Forderungen nach Sicherheiten.
Paris, 4. Febr. In einer Beratung über den deutschen Eisenbahnstreik kommt das Pariser Abendblatt „La Presse“ zu folgender Schlusfolgerung. Durch dieses Ereignis wird die Verarmung Deutschlands noch verschlimmert. Wir dürfen also nicht zögern, uns Sicherheiten zu verschaffen und müssen uns an dem Eigentum des Deutschen Reiches und sogar am Privatbesitz hablos halten.

Ueber die Lage in Sachsen

wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben: Die Streiklage hat sich etwas verschärft, infolgedessen nach den bis zum Abend vorläufig einlangen Nachrichten an verschiedenen Stellen auch Stationen und Bahnpersonal in den Ausstand getreten ist. Es handelt sich jedoch nur um unbedeutende Teile dieser Beamtengruppen. Im übrigen kann ein allgemein bestehender Irrtum des Publikums dahin berichtigt werden, daß lediglich das Maschinenpersonal der Arbeit fernbleibt, während die Beamten- und Arbeiterchaft im großen ganzen vollständig zur Stelle sind. Wegen des Streikführers in den oben genannten Fällen wird auf scharfe vorgeschrieben; Verfahrern auf Dienstreisungen sind zum Teil schon eingeleitet; ein verkehrlicher Einsatz der technischen Rothhilfe und ein solcher nichtanerkennungsmäßig angegebener Heizer als Lokomotivführer ist im Gange. Weiteren wird bei Bedarf die Heberführung in die Lokomotivführerleitung durch einen besonderen Erlaß des Reichsverkehrsministers in Aussicht gestellt.

Trotz vermehrter Schwierigkeiten, besonders im Rangierdienst auf den großen Güterbahnhöfen — die infolge des Schneeeises und des Mangels an Reibschlokomotiven — eingetreten sind, hofft man, den

Notstandsbetrieb für lebenswichtige Güter aufrechtzuerhalten

an können. Gewalttätigkeiten der Streikenden liegen im allgemeinen nicht vor; vereinzelte Sabotageakte sind allerdings zu verzeichnen und haben zum Einsatz der Schutzpolizei an den betreffenden Stellen geführt.

Der Kraftwagenbetrieb
ist durch den Schneefall beeinträchtigt und kann nur in vermindertem Maße durchgeführt werden. Nach Leipzig und Berlin finden Personen-Dienstleistungen statt, nach Freiberg und Chemnitz müssen sie vorerst unterbleiben.

Eine Erklärung der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Dresden, 4. Febr. Die am 3. Februar versammelten Ortsgruppenmitglieder und Vertrauensmänner der Ortsgruppe Dresden der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner haben sich nach ausführlicher Aussprache reiflich über den Boden der vom großen Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner in Berlin bekanntgegebenen Entschlüsse. Sie stehen auf dem Standpunkte, daß ein Streik für die Mitglieder der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner nicht in Frage kommen kann, solange er nicht von der Gewerkschaftsleitung ausgerufen wird und solange die Mitglieder der Reichsgewerkschaft selbst nicht reiflich aus dem Dienste gehen. Es wurden jedoch alle Maßnahmen getroffen, um gegebenenfalls allen Eventualitäten gerecht zu werden.

Das Streikbild in Dresden

hat keine wesentliche Veränderung erfahren. Vor dem Hauptbahnhof haben sich die Menschen, die die städtischen Kraftwagen zu benutzen wünschen. Hinge und vom Hauptbahnhof, mit Ausnahme des sogenannten Milchzuges nach Rodenbach und zurück, nicht abgegangen. Der genannte Zug hat gestern in Pirna auch einzelne Personenwagen mitgenommen, auch Post ist auf dieser Strecke hin und zurück befördert worden. Angesehen ist für Sonnabend ferner der übliche Zug nach Meißel zur Verjorgung der dortigen Gasanstalt mit Kohlen. In Dresden-Rustadt ist gegen 11 Uhr ein Zug von Görlitz mit Post und Passagieren eingetroffen. Ein Personenzug nach Meißel ist am Vormittag abgegangen. Im übrigen sei nochmals betont, daß lediglich das Maschinenpersonal der Arbeit fernbleibt. Die Fahr-

artenhalter auf dem Bahnhof sind nach wie vor geschlossen; die Reinigungsarbeiten im Bahnhof werden fortgesetzt.

Die Milchverjorgung Dresdens

darf als völlig gesichert angesehen werden. Die drei größten Organisationen unserer Stadt, Vereins-Molkerei, Dresdner Milchverjorgungsgesellschaft und die Milchgenossenschaft, liefern ständig acht große Kraftfahrzeuge, um die Mengen der Molkereien heranzubringen. Diese Beförderungsart kommt namentlich für solche Gegenden in Frage, die an Nebenbahnhöfen liegen und von den Hauptbahnhöfen nicht befahren werden. Auf den Hauptbahnhöfen werden bekanntlich die Milchtransporte in den Lebensmittelzügen mitgeführt. Die Verjorgung der Milch in Postkraftwagen ist durch den außergewöhnlichen Schneefall naturgemäß etwas behindert. Viele Schwierigkeiten werden dadurch bekämpft, daß man die Wagen nur zur Hälfte belädt und dafür in Doppelten Touren laufen läßt.

Die Gasverjorgung

ist ebenfalls für Dresden auf die nächsten Tage sichergestellt. Den hiesigen Gasanstalten konnte am Freitag eine größere Menge von Gasolie zugeführt werden, die die Aufrechterhaltung des Betriebes bis auf weiteres ermöglicht. Im übrigen ist das Landesgasamt und die Eisenbahngeneraldirektion nach wie vor mit allen Kräften bemüht, Kohlen für die lebenswichtigen Betriebe heranzuschaffen.

Der Betrieb der Post in Dresden

konnte bisher in unveränderter Weise aufrecht erhalten werden. Der Briefverkehr wird zurzeit recht los bewältigt mit Hilfe der Postzüge und Kraftwagen. Seit heute, Sonnabend, wird auch das Flugzeug zur Postbeförderung herangezogen. Um 11 Uhr nachmittags liegt ein Postflugzeug von Radeb. nach Berlin auf; ein weiteres sollte gegen 2 Uhr mit demselben Ziel abgehen. Um die weitestgehende Vermeidung dieser Anstöße zu ermöglichen, hat die Oberpostdirektion Anweisung gegeben, daß die Sendungen mit gewöhnlicher Gebühr (also unter Befehl des Vorkontrollamtes) befördert werden. Auch für die nächsten Tage ist ein regelmäßiger Verkehr zwischen Dresden und Berlin mit Postflugzeugen geplant. Um die Ausbringung im Bestimmungsort noch am gleichen Tage zu gewährleisten, empfiehlt es sich, die Sendungen durch Eisenboten bestellen zu lassen.

Pakete werden an sämtlichen Postämtern ebenfalls ohne Einschränkungen angenommen. Ihre Beförderung kann allerdings nur nach Orten in Aussicht gestellt werden, nach denen der Verkehr besteht. Die übrigen Pakete werden in Dresden bis zur Beendigung des Streikes zurückgehalten. Uebrigens hat die Oberpostdirektion Dresden nach dem letzten Eisenbahnstreik, der bekanntlich den Abstellbahnhof völlig verstopfte, die aufelaufenen Paketebeurde innerhalb eines einzigen Tages zum Abtransport gebracht.

Die Reichsgewerkschaft fordert Mindestgarantien.

Berlin, 4. Febr. Trotzdem der Alldeutsche Deutsche Gewerkschaftsbund und die anderen Organisationen durch ihre Erklärung das Vorgehen der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner auf das Schwere mißbilligen und dadurch die Reichsgewerkschaft isolieren, will es nicht scheinen, als ob dadurch die Streikenden zur Umkehr veranlaßt würden. Die Reichsgewerkschaft verlangt für den Abbruch ihrer Aktion von der Regierung Mindestgarantien, die kaum gegeben werden können. Sie wünscht auch eine Reihe von Personalveränderungen im Reichsverkehrsministerium, denen man nicht nachgeben können und wollen werde. Die Streikleitung sieht auf dem Standpunkte, daß der Aufruf des Alldeutschen Deutschen Gewerkschaftsbundes für seine Bedeutung habe, weil ein direkter Zusammenhang zwischen der Reichsgewerkschaft und der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaft nicht besteht. Sie erklärt sogar, daß sie sich in der Verfolgung ihrer Ziele nicht einmal von Deutschen Beamtenbund bestimmen lasse. Daneben sind aber im Aktionsausdruck der Reichsgewerkschaft auch mehrschwierigere Kreise vorhanden, die den Standpunkt einnehmen, daß auch die Reichsgewerkschaft befreit sein müsse, Wege zur Verständigung zu finden. Dabei erachten sich nicht unerhebliche Schwierigkeiten, da der Aktionsausdruck alle Bemühungen der gemäßigten Beamten zu durchkreuzen sucht. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß, wenn der Aktionsausdruck auf seinen unmöglichen Forderungen besteht, die Reichsgewerkschaft nach während des Streiks endgültig zerfällt. Im Aktionsausdruck fürchtet man eine derartige Katastrophe bereits und hat erklärt, daß, falls etwa ein Teil der Beamten ablassen sollte, er nicht dafür einzustehen könne, daß keine Sabotageakte vorlämen.

Der Aktionsausdruck der Reichsgewerkschaft teilt mit, daß er Sympathie und Abgaben von einer Anzahl großer Privatbetriebe erhalten habe, in denen der achtbare Aufruf des Alldeutschen Deutschen Gewerkschaftsbundes verurteilt wird. Von den Arbeitern dieser Firmen seien der Streikleitung sogar namhafte Summen zur Unterstützung überwiesen worden.

Der Deutsche Beamtenbund beabsichtigt, heute eine neue Sitzung mit der Streikleitung einzuleiten, in der abermals der Versuch einer Verständigung gemacht werden soll.

Die Steuerdenkschrift der Reichsregierung.

An dem Teil des Pariser Vertrages, der von der Biedergermachung handelt, ist auch die Bestimmung enthalten, daß das deutsche Steuerrecht im allgemeinen und verhältnismäßig genau so schwer sein muß wie das irgend einer der in der Reparationskommission vertretenen Mächte. Eine solche Gelegenheit, gegen Deutschland zu hegen und ihm finanzielle Tausendtausenden anzubringen, konnten die Franzosen sich nicht entgehen lassen, und so dauerte es denn gar nicht lange, bis der ganze Chor der Pariser Presse über den deutschen Steuerzahler herfiel, der angeblich ein gemächliches Leben führe, während der französische Steuerträger für ihn bluten und das bezahlen müsse, was eigentlich Deutschland zu leisten obliege. Diese Behauptung wurde so lange wiederholt, bis sie auch in England Eindruck machte und dazu führte, daß unter die Garantien, welche die Entente von Deutschland aus Anlaß der jüngsten Krise in den Reparationszahlungen verlangte, auch die Ansehung der deutschen Belastung unerbörte und unmöglich zu erfüllende Forderungen nach einer noch weiteren Erhöhung und Vermehrung der deutschen Steuern aufgenommen wurde. Es war daher die allerhöchste Zeit, daß die Reichsregierung endlich etwas Durchgreifendes unternahm, um die von den Franzosen erkundene tendenziöse Steuerlegende zu zerstreuen und der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Diejenige Aufgabe ist in sehr wirksamer Weise die der Reparationskommission übermittelte deutsche Denkschrift, die einen Ueberblick über das Steuerrecht in Deutschland, Frankreich, England und Amerika gibt und dabei über die steuerliche Belastung in Deutschland im Vergleich mit England und Frankreich und die auf der Konferenz in Genoa den Darlegungen der deutschen Vertreter als wesentliche Unterlagen zu dienen bestimmt ist. Die Denkschrift gibt im Verein mit dem kürzlich in London überreichten Memorandum über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands ein abgerundetes Bild der wirklichen deutschen Vermögensfähigkeit, wie sie einer umfassenden Revision des Reparationsystems als Grundlage dienen muß. Die Verhältnisse des deutschen Steuerzahlers sind, ganz allgemein betrachtet, derartig, daß die Möglichkeiten über die Hebung des Vermögens (Vermögenssteuer, Vermögenswertsteuer, Kapitalverjorgungsteuer) neben der bereits bestehenden hohen Erbschaftsteuer eine Hebung des Vermögens in einem der modernen Kulturwelt schon nicht bekannten Umfang darstellbar. Dadurch wird für den deutschen Steuerzahler gegenüber jedem in der Reparationskommission vertretenen Lande eine außerordentliche Vorbelastung erzeugt und das Einkommen des deutschen Steuerpflichtigen vorweg beträchtlich geschmälert. Außerdem aber ist auch die sonstige Hebung des Einkommens in Deutschland noch weitestgehend stärker als in den anderen Staaten, und dieser bis jetzt im einzelnen fehlende Nachweis wird von der jetzigen Steuerdenkschrift der Reichsregierung in bündelnder Form erbracht. Das Dokument zerfällt in eine allgemeine vergleichende Darstellung der Einkommenbelastung in Deutschland, Frankreich, England und Amerika, die wertvolle Aufschlüsse gibt und für jeden Politiker eine hochinteressante Bereicherung seiner finanzwirtschaftlichen Kenntnisse bedeutet, und in ein tabellarisches System, das für Deutschland, Frankreich und England den Vergleich im einzelnen durchführt. In den Tabellen sind die Einkommensquellen nach Vöhen und Gehältern, Handel und Gewerbe, Landwirtschaft und Kapitalrenten getrennt und die Vergleichung erfolgt getrennt für unverheiratete und verheiratete Personen; bei Verheirateten wird auch die Kinderzahl berücksichtigt. Ferner sind die Verhältnisse weitestgehend der Berücksichtigung der inneren Kaufkraft des Geldes in den drei Staaten in ebenfalls eingehend in Betracht gezogen worden, und zwar legt die Denkschrift das Wertverhältnis von 1 Franc = 5 Papiermark und 1 Schilling = 11 Papiermark zugrunde. Hiernach erlaßt sich für einen unverheirateten Steuerpflichtigen, soweit keine Einkünfte aus Lohn oder Gehalt entstehen, folgendes Bild:

Die ersten drei Stufen 10 000, 20 000, 30 000 M. (2000, 4000, 6000 Fr., 900, 1800, 2700 Sch.) sind in Frankreich und England ganz steuerfrei, in Deutschland dagegen werden sie mit 2,22, 6,10, 7,40 v. H. steuerlich erfasst. Bei 50 000 M. (10 000 Fr., 4000 Sch.) erhebt das französische Steuerrecht 2,75 v. H., das englische 4,50, während der deutsche Aktus 8,44 v. H. einfordert. Auf einem Einkommen von 100 000 M. (20 000 Fr., 8000 Sch.) ruhen in Frankreich 5,55, in England 10,50, in Deutschland 15,50 v. H. Steuern. Bei 500 000 M. (100 000 Fr., 40 000 Sch.) stellt sich das Verhältnis folgendermaßen: Frankreich 15,08, England 24,87, Deutschland 32,10 v. H. Von einer Million Mark (200 000 Fr., 80 000 Schilling) werden in Frankreich 23,06, in England 33,41, in Deutschland 38,55 v. H. erhoben; von 5 Millionen in Frankreich 32,00, in England 50,07, in Deutschland 54,21 v. H. Bei